

AUSGABE 7 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städte warnen: Gesellschaft droht Zerreißprobe – Energiesparen hat Priorität

Ukrainegeflüchtete: Städte helfen weiter

Kommunalhaushalte: Hohe Defizite für 2022 und 2023 prognostiziert

Städtetag für schnelle Nachfolge des 9-Euro-Tickets

AUS DEN STÄDTEN

Hannover testet autonomen Busshuttle

Gelsenkirchen lädt zu einer Biennale

Berlin bietet Recycling-Hilfe per App

FORUM

Hass, Hetze und Gewalt gegen Amtspersonen und politisch Engagierte weiter besorgniserregend



Die Städtetagesspitze mit dem Thema Energiekrise am 30. August zu Gast in der Bundespressekonferenz: Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster (Mitte), Stellvertreter des Städtetagspräsidenten Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer aus Kiel (rechts) und Städtetagshauptgeschäftsführer Helmut Dedy (links). (Foto: Uwe Schippmann)

Städte warnen: Gesellschaft droht Zerreißprobe – Energiesparen hat Priorität

Die Städte warnen vor einer Zerreißprobe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Energiekrise. Sie erwarten rasch Antworten von Bund und Ländern, wie Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Monaten reduziert werden. Die Städte leisten ihren Beitrag und setzen wirksame Energiesparmaßnahmen konsequent um. Sie fordern Bund und Länder auf, die Risiken der Stadtwerke abzusichern.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte: „Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir zusammenstehen. Die Energiekrise darf nicht zu einer Zerreißprobe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden. Wir brauchen einen Schulterschluss und eine klare Kommunikation. Die Menschen und die Unternehmen müssen wissen, was auf sie zukommt. Die Ampel diskutiert immer neue

Entlastungen, statt sich zu einigen. Aber viele Menschen mit kleinen Einkommen drehen schon jeden Euro zweimal um. Sie brauchen jetzt eine Antwort, sonst wächst die Unruhe. Und innerhalb der Stadtgesellschaften brauchen wir die gemeinsame Verabredung mit den Unternehmen und Vereinen vor Ort: Alle müssen mitziehen.“

20 Prozent weniger Gas sei ein ehrgeiziges Ziel. Aber es gebe eine große Bereitschaft, Energie zu sparen. Es sei gut, dass Bund, Länder und die Städte gemeinsame Einsparziele verfolgen und die erste Rechtsverordnung dafür vorliege. „Warmwasser, Klimatechnik, richtig eingestellte Heizungen, Temperaturen in Büros, Schwimmbädern und Sporthallen sind die wirksamsten Bereiche, um Energie zu sparen. Wenn das Sparen konkret wird, erleben wir natürlich auch Diskussionen und Widerspruch. Deshalb werben wir: In allen Bereichen müssen wir

jetzt sparen und Energieschleudern ausmachen. Nur dann kommen wir gut durch den nächsten Winter. Wir wollen alles tun, damit Schulen und Kitas selbst bei einer Gas-Mangellage nicht schließen müssen. Wir wissen auch um die Bedeutung von Kultur und Sport. Trotzdem gilt: Auch dort muss Energie gespart werden durch verantwortungsvolles Handeln“, sagte Lewe und verwies auf eine Übersicht mit Beispielen aus Städten.

Stadtwerke und Versorgungssicherheit absichern

Für die Stadtwerke sehen die Städte große Risiken durch die drastisch gestiegenen Energiepreise und eine erhebliche Zunahme von Zahlungsproblemen bei privaten Endkunden, Handwerksbetrieben oder Unternehmen. Zudem können die Stadtwerke stark gestiegene Einkaufspreise trotz Umlage nicht einfach weiterreichen. Lewe warnte: „Wenn Stadtwerke in eine existenzielle Schieflage geraten, dann drohen alle Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten abzurutschen, wie Wasser, Abwasser, Müllentsorgung und ÖPNV. Hier müssen Bund und Länder ein Sicherungsnetz spannen.“

Deshalb fordern wir:

- Stadtwerke gehören unter den Rettungsschirm für Unternehmen.
- Liquiditätshilfen für Stadtwerke müssen möglich sein.
- Die Gasumlage muss auch für Festpreisverträge und Fernwärme gelten.
- Ein Insolvenzmoratorium auflegen, weil viele Forderungsausfälle zu befürchten sind.

Soziale Härten abfedern, weitere Entlastungen nötig

Die Städte blicken mit großen Sorgen auf die spürbaren sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Preisentwicklung. Diese werden als erstes in den Städten durchschlagen. Vor allem Niedrigverdiener, Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Azubis, Alleinerziehende und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sind besonders betroffen. Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer aus Kiel, Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages, betonte: „Sehr viele

Haushalte geben schon jetzt alles Geld für ihren Lebensunterhalt aus, und oft reicht es nicht mal dazu. Bald schon sind hohe Abschlagszahlungen für Strom und Gas fällig. Der Bund muss verhindern, dass viele Menschen allein wegen hoher Energiepreise in die Grundsicherung rutschen. Für diese Menschen tragen wir Verantwortung.“

Nötig sind aus Sicht der Städte:

- Umgehend ein weiterer unbürokratischer Heizkostenzuschlag für Wohngeldempfänger und ein Kinderbonus vor dem Winter.
- Reform des Wohngeldes unverzüglich angehen, damit bis zum Winter 2023 mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld haben und Energiekosten berücksichtigt werden.
- Schnelle Einigung zwischen Bund und Ländern auf attraktive Tickets für Bus und Bahn. Wir wollen Mobilität für alle und mehr Klimaschutz im Verkehr.

TITELFOTO

Mehr Trinkwasser in Innenstädten

In Freiburg gibt es aktuell an zwölf ausgewiesenen Stellen im Stadtgebiet frisches Trinkwasser. Es kommt unter anderem aus Trinkwasserstelen wie am Platz der Alten Synagoge. Die Wasserqualität wird regelmäßig überwacht.

Der Deutsche Städtetag befürwortet das erklärte Ziel der Bundesregierung für mehr Trinkwasser an öffentlichen Orten. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer, betont aber auch: Die Vorsorge gegen Hitze und ein besserer Schutz gegen die Folgen des Klimawandels sind Ziele, die gemeinsam mit Bund und Ländern realisiert werden sollten.

(Foto: Stadt Freiburg, Seeger)

Vorbereiten auf Gasmangellage

Die Städte tun alles, um das Ausrufen der Notfallstufe zu vermeiden. Dennoch bereiten sie sich gemeinsam mit ihren Krisenstäben bestmöglich vor: mit Katastrophenschützern und Feuerwehren, Stadtwerken und Netzbetreibern, Krankenhäusern und Fachleuten aus Sozial- und Gesundheitsämtern. „Auch zwischen Bundesnetzagentur, Ländern und Kommunen müssen die Informationsketten funktionieren und Szenarien jetzt eingeübt werden. Zudem sollte die Bundesnetzagentur Kriterien für eine Reihenfolge beim Abschalten konkretisieren. Also zum Beispiel: Darf die Wäscherei des Krankenhauses am Netz bleiben? Welche Unternehmen sind

lebensnotwendig? Dabei müssen Länder und Kommunen beteiligt werden.“

Wie die Energiekrise kreative Initiativen beflügelt, zeigen verschiedene Städteispiele: Unternehmen einer ganzen Region betreiben solidarische Vorsorge und stimmen sich ab, wer wann während der Heizperiode oder bei einer Gasmangellage auf Gas verzichten kann, etwa wegen Wartungsarbeiten oder Betriebsferien. So sollen Produktionsstopps verhindert und das Gasnetz stabilisiert werden. „Solche Ideen haben das Zeug zur Blaupause, um das Abschalten von Gas zu verhindern“, so Kämpfer. „Hier gilt – abschreiben ist das Gebot der Stunde“.



Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe spricht in der Bundespressekonferenz zu Journalistinnen und Journalisten. (Foto: Uwe Schippmann)

„Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir zusammenstehen. Die Energiekrise darf nicht zu einer Zerreißprobe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages





Organisiert von der Stadt nehmen in Bochum Kinder von Geflüchteten aus der Ukraine und Kinder aus anderen Ländern an Schwimmkursen teil. (Foto: Stadt Bochum)

Geflüchtete aus der Ukraine: „Städte helfen weiter mit ganzer Kraft“

Anlässlich von sechs Monaten Krieg in der Ukraine lobte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy die große Hilfsbereitschaft und Solidarität in Deutschland, um den Geflüchteten aus der Ukraine zu helfen und betonte das Engagement der Städte auch in Zukunft. Dedy sagte dazu am 23. August gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa):

„Die Städte in Deutschland helfen weiter mit ganzer Kraft, um den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine das Ankommen in Sicherheit zu erleichtern: Sie sorgen für Unterkünfte, Kita- und Schulplätze.“

Das sei besonders in großen Städten eine Herausforderung. Ein Teil der Menschen aus der Ukraine wohne bei Freunden, Bekannten und engagierten Privatpersonen. Einige könnten private Wohnungen nutzen, die sonst nicht vermietet würden. Teilweise würden Geflüchtete auch in Hotels oder Sammelunterkünften untergebracht.

Dedy wies darauf hin, dass neben den Geflüchteten aus der Ukraine weiterhin auch Menschen aus anderen Ländern in Deutschland Schutz suchen und untergebracht werden müssen.

„Es läuft falsch, wenn einige große Städte im Verhältnis sehr viel mehr Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen müssen als der Durchschnitt der Kommunen und zusätzlich Ankommende aus anderen Herkunftsländern aufnehmen sollen“, kritisierte er.

Es sei Aufgabe der Landesregierungen, die ankommenden Flüchtlinge innerhalb der Bundesländer besser zu verteilen. Die Zahl der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine müsse berücksichtigt werden, wenn Schutzsuchende aus anderen Staaten verteilt würden.

Finanzprognose: Hohe Defizite der Kommunen für 2022 und 2023 erwartet

Die Finanzlage der Kommunen verschlechtert sich. Für das laufende Jahr rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Defizit von 5,8 Milliarden Euro. Auch 2023 ist keine Besserung in Sicht. Das geht aus einer aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunal Finanzen bis zum Jahr 2025 hervor.

Zu den am 18. August veröffentlichten Daten sagten der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, Verbandsgemeinde Nieder-Olm: „Die Phase zwischen den finanziellen Begleiterscheinungen der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges war für die Kommunalhaushalte zu kurz, um festen Stand zu gewinnen. Selbst wenn der Uk-

raine-Krieg nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führt, werden die Kommunalhaushalte durch Defizite, real sinkende Investitionen und einen Vermögensverzehr gekennzeichnet sein.

Wir werden Unterstützung von Bund und Ländern benötigen. Investitionen in Klimaschutz und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben für uns hohe Priorität. Ohne dauerhaft verbesserte Finanzausstattung auch durch einen größeren Anteil am Steueraufkommen können die Kommunen diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren.“

Die Präsidenten machten deutlich, dass die Kommunen in dieser Situation auch keinen finanziellen Spielraum für neue Aufgaben haben. Um Defizite in den Haushalten zu begrenzen, seien viele Kommunen in den kommenden Jahren gezwungen, wieder Investitionen einzuschränken – obwohl dies langfristig Nachteile mit sich bringt und zu höheren Kosten führt. Die Investitionen im vergangenen Jahr stagnierten. 2022 wird ein Anstieg um rund 8 Prozent bzw. 3 Milliarden auf 37,4 Milliarden Euro erwartet. Anschließend ist nur noch mit geringen Zuwächsen zu rechnen. Das reale Investitionsvolumen schrumpft also.

Die kommunalen Einnahmen steigen in den kommenden Jahren trotz abgesenkter Wachstumsaussichten stärker als die kommunalen Spitzenverbände das bisher erwarten konnten. Überschüsse für die Kommunen sind dennoch nicht zu erwarten. Denn die Ausgaben steigen inflationsbedingt noch stärker und reguläre Zuweisungen an die

„Die steigenden Energiepreise betreffen uns alle, am meisten aber die Menschen, die ohnehin mit jedem Euro rechnen müssen.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Foto: Paul-Philipp Braun



„Ohne dauerhaft verbesserte Finanzausstattung auch durch einen größeren Anteil am Steueraufkommen können die Kommunen diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Kommunen halten nicht in gleichem Maße Schritt.

Eine verlässliche detaillierte Prognose der kommunalen Finanzlage für die kommenden Jahre ist derzeit schwierig. Das liegt vor allem an der Ungewissheit darüber, welche wirtschaftlichen Folgen der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine noch haben wird und wie die Wirtschaft auf die Maßnahmen gegen die Inflation reagiert.

Schwarze Zahlen sind nicht in Sicht

Im Jahr 2021 schloss der Gesamthaushalt der Kommunen in den Flächenländern noch mit einem Überschuss von rund 3 Milliarden Euro ab. Das liegt an den stark gestiegenen Steuereinnahmen und leicht gesunkenen Investitionen. 2022 und 2023 ist jedoch mit Finanzierungsdefiziten von mehr als 5 Milliarden Euro zu rechnen. 2024 und 2025 kann das Defizit voraussichtlich verringert

werden, schwarze Zahlen sind aber nicht in Sicht.

Dazu warnen die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände: „Die steigenden Energiepreise betreffen uns alle, am meisten aber die Menschen, die ohnehin mit jedem Euro rechnen müssen.“

Die aktuelle Energiekrise birgt Gefahren für den sozialen Zusammenhalt. Gerade jetzt müssen wir alle gemeinsam darauf achten, dass in dieser kritischen Situation die öffentliche Hand weiterhin einen guten Job machen kann.

Dabei sind die Kommunen und ihre Unternehmen der Daseinsvorsorge vor Ort besonders gefragt. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind in Krisen entscheidend. Das müssen Bund und Länder im Blick behalten. Eine angemessene Finanzausstattung ist dafür dringend notwendig.“

Nachfolge für 9-Euro-Ticket: Städtetag fordert Einigung

Bund und Länder ringen weiter um eine Nachfolgeregelung beim 9-Euro-Ticket. Der Deutsche Städtetag fordert eine schnelle Einigung und ausreichend Geld für Betrieb und nötige Investitionen in den ÖPNV. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte am 28. August der Rheinischen Post:

„Wir wollen, dass mehr Menschen das Auto stehen lassen und häufiger Bus und Bahn nutzen. Der starke Zuspruch für das 9-Euro-Ticket gibt uns dafür gerade Rückenwind. Das 9-Euro-Ticket war ein Erfolg. Jetzt brauchen wir eine schnell greifende, dauerhafte Anschlusslösung. Bund und Länder müssen sie gemeinsam tragfähig finanzieren. Das ständige Ping-Pong-Spiel – wir zahlen nicht, ihr müsst es tun – bringt uns nicht weiter.“

Eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket darf auf keinen Fall die Investitionen in Busse und Bahnen ausbremsen. Wichtig ist, dass die Qualität des Angebots stimmt und nach-

haltig finanziert wird. Der Bund muss dafür seinen Beitrag erhöhen. Wir wollen Mobilität für alle und mehr Klimaschutz im Verkehr, das geht nur mit mehr ÖPNV. Die Mobilitätswende funktioniert nur, wenn Bund und Länder an einem Strang ziehen.

Der ÖPNV ist extrem unterfinanziert. Die Kosten der Energiekrise kommen für die Verkehrsunternehmen on Top. Das muss durch kurzfristige Sofortmaßnahmen behoben werden. Außerdem brauchen wir viele neue Busse und Bahnen. Nur so kann der Betrieb dauerhaft gesichert werden. Der Bund muss die Regionalisierungsmittel für 2022 und 2023 um mindestens 1,7 Milliarden Euro aufstocken, und er muss die Mehrkosten für Energie und Personal ausgleichen. Wir unterstützen die Haltung der Verkehrsministerkonferenz der Länder, dass hier kurzfristiges Handeln nötig ist.“

➔ www.rp-online.de



Straßenbahn in Würzburg
(Foto: Uwe Schippmann)



Region Hannover testet autonomen Busshuttle

Seit Ende August pendelt in Hannover auf einer zwei Kilometer langen Strecke testweise ein fahrerloser Shuttlebus. Das autonome Fahrzeug hat Platz für sechs Personen und kommt auf eine Höchstgeschwindigkeit von 15 km/h. Bis November soll es im Testbetrieb zeigen, wie sich solche Fahrzeuge in den Verkehr einfügen und ob sie den regulären Busverkehr ergänzen können.

➔ www.hannover.de

Gelsenkirchen: erste Biennale der urbanen Landschaft

Wie können wir unsere Städte resilient und zukunftsfähig gestalten? Diese Frage steht im Kern der ersten Biennale der urbanen Landschaft vom 10. bis zum 24. September im Wissenschaftspark Gelsenkirchen. Auf dem Programm stehen Workshops, Vorträge, Diskussionen und Exkursionen zu Projekten der grünen Infrastruktur der Metropole Ruhr. Die Teilnahme an allen Programmpunkten ist kostenlos.

➔ www.lala.ruhr



Berlin: Nachbarschaftshilfe beim Recycling per APP

Auf dem Weg zu einer Zero-Waste-Hauptstadt Europas setzt Berlin jetzt auf mehr Nachbarschaftshilfe beim Recycling. Wie zuvor Stockholm, London und Lissabon kooperiert die Stadt mit einem schwedischen Technologie-Anbieter und bewirbt dessen Tiptapp-App. Diese vermittelt Nachbarschaftshilfe unter anderem beim Recyceln und der Wiederverwertung von Gegenständen.

➔ www.bsr.de

TIP, TAPP, WEG!

Nachbarschaftshilfe mit Tiptapp macht Entsorgung am Recyclinghof noch einfacher.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Ehefrau Elke Büdenbender im April 2021 bei der Freischaltung des Portals www.stark-im-amt.de (Foto: Laura Krause)

Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt liefert erste Befunde

Von Alex Mommert

Politische Aushandlungsprozesse werden zuweilen in kontroversen Debatten geführt. Auch Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der – mitunter robuste – Schlagabtausch in fachlichen Debatten gehört zum politischen Geschäft. Die Grenzen des Anstands und des Sagbaren haben sich jedoch verschoben. Beleidigungen, Bedrohungen und leider auch tätliche Angriffe gegenüber politisch Aktiven oder Amtspersonen scheinen alltägliche Erscheinungen geworden zu sein. Eine wichtige Rolle spielt dabei der virtuelle Raum. Denn virtuell ist es nicht nur unkomplizierter, sich an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen. Anonym und vom Bildschirm aus scheint es leichter, von der Sachebene abzufallen und zu beleidigen, zu bedrohen oder zu Gewalt aufzurufen.

Um das Ausmaß dieser Entwicklung fundiert zu ergründen, hat das Bundeskriminalamt in

Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das „Kommunale Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern“ erstellt. Es findet im Halbjahresrhythmus statt und umfasst eine Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeisterinnen, (Ober-)Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte. Auf Kontinuität ausgelegt soll es langfristig ermöglichen, Trends und Entwicklungen in diesem Bereich zu beleuchten.

Die erste Erhebungswelle lief im November 2021, die zweite Erhebungswelle startete im Juni 2022. Die auf knapp 1500 ausgefüllten Fragebögen basierenden Ergebnisse der ersten Welle wurden kürzlich vom Bundeskriminalamt vorgestellt. Auf ausgewählte Kernbefunde soll im Folgenden eingegangen werden.

Soziale Medien

Obwohl das Diskussionsklima in sozialen Medien von den Befragten insgesamt eher verroht wahrgenommen wird, nutzen 60 Prozent davon soziale Medien aktiv bei der Amtsausübung. Das Monitoring enthält erste Hinweise, dass gegenüber dem ländlichen Raum in Städten ein stärker aufgeladenes Diskussionsklima herrscht.

Erscheinungsformen

Das Monitoring unterscheidet mit verbalen bzw. schriftlichen Anfeindungen, Hasspostings in sozialen Medien und tätlichen Übergriffen drei Erscheinungsformen von Hass, Hetze und Gewalt. Ganze 45 Prozent der Befragten haben Vorfälle dieser Art in den letzten sechs Monaten persönlich erlebt. Die Vorfälle entfielen Großteils auf Anfeindungen (70 Prozent). Demgegenüber ereignete sich gut jeder vierte Vorfall im virtuellen Raum (26 Prozent). Immerhin 4 Prozent der Vorfälle betrafen tätliche Übergriffe.

Umgang der Betroffenen

Der Umgang der Betroffenen mit derartigen Ereignissen ist sehr heterogen. Ganze 28 Prozent der Befragten gaben an, Vorgefallenes zu ignorieren. Immerhin 19 Prozent der Befragten gaben an, den direkten Dialog mit dem Täter oder der Täterin gesucht zu haben. 16 Prozent suchten Unterstützung im Freundeskreis oder bei Kolleginnen und Kollegen. Aufhorchen lässt, dass nur 15 Prozent der Vorfälle zur Anzeige gebracht wurden. Das Monitoring stellt heraus, dass jüngere gegenüber älteren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern Vorfälle häufiger zur Anzeige bringen.

Konsequenzen für Betroffene

Wenig überraschend werden vor allem tätliche Übergriffe als stark bedrohlich wahrgenommen und führen zu Verhaltensänderungen im Alltag. Insgesamt haben jedoch alle erlebten Vorfälle gravierende Konsequenzen.

So gaben über 80 Prozent der Befragten an, unter psychischen und physischen Folgen, wie z. B. depressiver Verstimmung, innerer Unruhe oder Konzentrationsschwierigkeiten, zu leiden. 14 Prozent haben in den letzten sechs Monaten Abstand von einer erneuten Kandidatur für ihr Amt genommen oder gar eine Mandatsniederlegung erwogen. Dies unterstreicht die Gefahr, die von Hass, Hetze und Gewalt für die Demokratie ausgeht.

Betroffenengruppen

Das Monitoring zeigt auf, dass Männer und Frauen gleichermaßen betroffen sind. Jüngere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (55 Prozent) gehören jedoch deutlich häufiger zu den Betroffenen als ältere (39 Prozent). Auffällig ist weiterhin die deutlich höhere Betroffenheit hauptamtlicher (57 Prozent) gegenüber ehrenamtlich tätigen (33 Prozent) Personen.

Der ausführliche Ergebnisbericht ist auf www.motra.info abrufbar.

Alex Mommert
Referent Deutscher Städtetag

Weitergehende Informationen

Bereits im letzten Jahr hat der Deutsche Städtetag gemeinsam mit der Körber-Stiftung das Online-Angebot www.stark-im-amt.de erstellt. Das Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt bündelt relevante Informationen und Hinweise zu Ansprechpartnern und Hilfsangeboten auf Bundes- und Länderebene.



Positionspapier zur Digitalisierung in Kommunen

Fünf zentrale Forderungen für eine nachhaltigere Smart City-Förderung stehen im Zentrum des Positionspapiers „Lichtermeer statt Leuchttürme: Digitalisierung in Kommunen nachhaltig fördern!“ des Deutschen Städtetages. Dabei geht es um nachhaltigere Förderungen, den Transfer von Lösungen, weniger technische, organisatorische und rechtliche Hürden, einen gemeinschaftlichen Lösungsansatz und den Aufbau von Kompetenzen.

➔ <https://t1p.de/popa-lichtermeer>

Leitfaden zu Partizipation in Vergabeverfahren

Ziel des Leitfadens ist ein bundeseinheitlicher Rahmen für Kommunen und die planenden Berufe zur regelkonformen Partizipation in Vergabeverfahren. Dafür werden im bestehenden Ordnungsrahmen mögliche Varianten erläutert aber auch die Grenzen von Partizipation benannt.

➔ <https://t1p.de/Leitfaden-Partizipation>

PARTIZIPATION UND VERGABE.

LEITFADEN FÜR
PARTIZIPATION IN
VERGABEVERFAHREN FÜR
PLANUNGSLEISTUNGEN



Stadtmarketingbörse in Marburg

Wie lässt sich die Bindung der Menschen an ihren Lebensort festigen. Was bestimmt die Lebensqualität vor Ort, wenn Ökologie und Ressourcenschonung wichtiger werden und große Transformationsprozesse anstehen? Fragen wie diese stehen vom 25. bis 27. September im Mittelpunkt der Deutschen Stadtmarketingbörse in Marburg.

➔ <https://www.stadtoptimisten.de>

LIEBE

ENERGIESPARERINNEN,

LIEBE HAUSHALTS-

KASSENWARTE,

DANKE, DASS IHR EURE HEIZUNG

WINTERFIT MACHEN LASST &

SO BIS ZU 15% ENERGIE SPART.

Für einen hydraulischen Abgleich
gibt es staatliche Förderung:
energiewechsel.de

**80 MILLIONEN GEMEINSAM FÜR
ENERGIEWECHSEL**



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Neu im Amt



Foto: Rolf Epple

Landau in der Pfalz: Dr. Dominik Geißler wurde zum neuen Oberbürgermeister von Landau in der Pfalz gewählt. Der Christdemokrat tritt sein Amt zum Jahreswechsel 2022/2023 an. Dr. Geißler folgt auf Thomas Hirsch (CDU), der sich nicht mehr zur Wahl stellte. Hirsch leitet seit 2016 die Geschichte der Stadt Landau und engagiert sich seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Nakolmo

Städtetag Rheinland-Pfalz: Lisa Diener ist neue Geschäftsführende Direktorin des Städtetages Rheinland-Pfalz. Michael Mätzig bleibt ebenfalls Geschäftsführender Direktor. Diener folgt auf Fabian Kirsch, der 2021 zur Staatskanzlei wechselte, und übernimmt in ihrer neuen Rolle unter anderem die Bereiche Klimaschutz, Mobilität, Soziales und Personal.

Wiederwahl



Foto: Michael Schmidt

Dresden: Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dirk Hilbert (FDP), wurde in seinem Amt bestätigt. Hilbert leitet seit 2015 die Geschichte der Landeshauptstadt Sachsens und engagiert sich seit 2018 im Präsidium und seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Juni Junkov

Lörrach: Jörg Lutz (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Lörrach, wurde wiedergewählt. Er steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Lörrach.

Geburtstage



Foto: Pressestelle FT, Andreas Henn

Oberbürgermeister **Martin Hebich**, Stadt Frankenthal, feiert am 20. September seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2016 die Geschichte der Stadt und ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für mittlere Städte beim Deutschen Städtetag.



Foto: Matthias Eckert

Peter Kleine (parteilos), Oberbürgermeister der Stadt Weimar, wird am 26. September ebenfalls 50 Jahre alt. Er steht seit 2018 an der Spitze der Stadt.



Foto: Angelika Aschenbach

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, **Gert-Uwe Mende**, feiert am 15. Oktober seinen 60. Ehrentag. Der Sozialdemokrat hat das Amt des Oberbürgermeisters seit 2019 inne.



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de